



Wann hat das Sozialdumping ein Ende?

Seite 8

Inhalt

Öffnungszeiten & Kontakt

Seite 3

Föderaler Haushalt: Der große Wurf bleibt aus

Seite 4

600 Stunden Studentenarbeit? Eine schlechte gute Idee!

Seiten 5-7

Meldungen

Seiten 8-10

Straßentransport: Wann hat das Sozialdumping ein Ende?

Seite 11

Meldungen

Seiten 12-13

Ist die Ukraine ein EU-Beitrittskandidat?

Seiten 14-15

CNE-Info:
Die Inflation hat gewissen Unternehmen bereits Milliarden eingebracht
WTO-Einigung über Impfstoffe: Befangenheit der Regierungen

Seite 16

Meldungen

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Jessica Halmes Vera Hilt
Liliane Louges Angela Mertens
Jochen Mettlen

Layout: Maryline Weynand

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers
087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntätig

ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

CSC Eupen

Sprechstunden: dienstags und donnerstags,
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

CSC St.Vith

Sprechstunden: montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

NEU !!! JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...) kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung per Telefon oder Mail:

Montags bis donnerstags

8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr
Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr
087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

CSC Eupen

Sprechstunden: donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

CSC St. Vith

Sprechstunden: dienstags auf Termin
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be

Büros geschlossen

Aufgrund der diversen Feiertage und einer Streikaktion sind unsere Büros am 1., 2., 9., 11. und 15. November geschlossen.
Vielen Dank für Ihr Verständnis.



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Föderaler Haushalt: Der große Wurf bleibt aus

Die Föderalregierung hat ihren Haushalt für die nächsten zwei Jahre vorgelegt. Daraus geht hervor, dass sie vor allem als Krisenregierung agiert, die zeitlich begrenzte Maßnahmen zum Schutz der Bürger ergreift. Dagegen sind Maßnahmen, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen betreffen, wie z.B. das Kürzen bestimmter Zeitkredite, die Ausweitung von Studentenarbeit und Flexijobs nicht zeitlich begrenzt.



© adobe-stock.com

Eine Krise ist aber auch eine Chance für einen grundlegenden Kurswechsel. Das ist bei diesem Haushalt aber nicht der Fall. Die Regierung hat noch nicht ausreichend erkannt, wie wichtig starke öffentliche Dienstleistungen, eine solide soziale Sicherheit, bessere Löhne, eine bessere Umverteilung des Wohlstands, den wir jeden Tag gemeinsam schaffen, und mehr Unterstützung für junge Haushalte sind. Nur eine gründliche Steuerreform würde dieser Regierung noch ermöglichen, mehr zu sein als eine Krisenregierung mit einer kurzfristigen Perspektive.

Energie

Die Energiekrise erschüttert die Grundlagen unserer Gesellschaft. Die Preisexplosion belastet die Kaufkraft massiv. Glücklicherweise kann die automatische Indexierung von Löhnen und Sozialleistungen den Schaden für die Haushalte begrenzen. Die Regierung ist sich dessen offenbar bewusst.

Trotz zahlreicher Mängel erweist sich der Sozialtarif für Strom und Gas auch für Hunderttausende von Haushalten als nützlich. Darüber hinaus verlängert die Regierung die Energieprämie, um den Bürgern, die keinen Anspruch auf den Sozialtarif haben, über den Winter zu helfen. Die Regierung hätte jedoch noch weiter gehen müssen. Es gibt noch immer keinen Deckel für die Gas- und Strompreise. Der Sozialtarif muss schnell ausgeweitet und automatischer gestaltet werden.

Arbeit

Die Regierung zieht ihre bewährten Karten der Sparsamkeit und der Flexibilität. Der Zeitkredit für die Kinderbetreuung und die Laufbahnunterbrechung im öffentlichen Dienst werden auf Kosten der Haushalte reduziert, die bereits große Schwierigkeiten haben, Familien- und Berufsleben miteinander zu vereinbaren.

Die Zwangsjacke des Gesetzes über die Lohnnorm wird beibehalten, auch für die Arbeitnehmer in Unternehmen, die gute Ergebnisse erzielen. Bürger, die nicht über die Runden kommen, müssen mit dem Flexijob-System zurechtkommen, das sich in immer mehr Sektoren durchsetzt. Dies ist umso unverständlicher, da dieses System bereits zu einer Verringerung der regulären Beschäftigung und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt.

Hinzu kommt die Ausweitung der kostengünstigen Studentenarbeit von 475 auf 600 Stunden pro Jahr. Dieses System bedroht ebenfalls reguläre Arbeitsplätze und schafft keine sozialen Rechte für junge Menschen. Außerdem wirkt es sich auf die schulischen Leistungen der Studenten aus.

Ebenso wichtig ist das Ausbleiben einer Entscheidung: So ist die Gleichstellung der Corona-Kurzarbeit im Jahr 2022 für den Anspruch auf Jahresurlaub noch immer nicht geregelt. Die Unternehmen hingegen profitieren von einer linearen Senkung ihrer Sozialbeiträge um eine Milliarde Euro.

Diese Hilfe wird für einige Betriebe sehr hilfreich sein, aber für andere ist sie bloß ein Mittel, die bereits hohen Gewinne noch mehr zu steigern. In einigen Jahren wird die Regierung nur feststellen können, dass die Sozialversicherungs- und Versorgungskassen leer sind und dass gespart werden muss.

Steuerreform

Diese Regierung hat immer noch eine Chance, mehr als eine Krisenregierung zu sein. Die angekündigte Steuerreform soll noch vor Jahresende in Kraft treten. Die Lasten sollten auf die breitesten Schultern verteilt und nicht mehr den Arbeitnehmern aufgebürdet werden.

An Tabus kann gerüttelt werden. Beweis hierfür sind die neue Steuer auf Übergewinne und die - wenn auch teilweise und verzögerte - Abschaffung des Steuergeschenks für Zweitwohnungen.

Es wird notwendig sein, mit anderen Tabus zu brechen. Das müssen wir, wenn wir nicht wollen, dass diese Steuerreform zu einem Rückgang der sozialen Sicherheit und der öffentlichen Dienstleistungen führt. Gleichzeitig müssen die Regierungen viel mehr investieren, um einen nachhaltigen und sozial gerechten Klimawandel zu gewährleisten. Auch das erfordert finanzielle Mittel.

600 Stunden Studentenarbeit? Eine schlechte gute Idee!

Inmitten der Energiekrise und im Rahmen der Haushaltsdebatte schlägt die Föderalregierung vor, die Quote der Studentenarbeit von 475 auf 600 Stunden pro Jahr zu erhöhen.

Während dies für die Studierenden ansprechend erscheinen mag und ihren Bedürfnissen entspricht, hält diese Idee einer Überprüfung nicht stand. Für die Jung-CSC besteht die Priorität darin, den Lohn der Jobstudenten aufzuwerten, damit sie Rechte für den Rest ihrer Berufslaufbahn aufbauen und Zugang zur sozialen Sicherheit erhalten können.

Die von der Föderalregierung beschlossene neue Maßnahme zur Erhöhung der Studentenarbeit auf 600 Stunden pro Jahr ist keine Lösung, um die Lebensbedingungen junger Menschen vor dem Hintergrund der Energiekrise zu verbessern. Laut Nel Van Slijpe, Nationalverantwortlicher der Jung-CSC, *„ist der erste Job eines Studenten zu studieren. Studenten zur Arbeit zu drängen, um die hohen Studienkosten zu finanzieren, ist eine Maßnahme, die Ungleichheiten verstärkt und einen Teufelskreis von Versagen und Aufgeben für viele junge Menschen schafft.“* Dennoch arbeitet fast jeder vierte Student das ganze Jahr über, um seine Ausbildung zu bezahlen. Laut Randstads jüngstem Bericht verrichtet ein Drittel der Studierenden seinen Job auch während der Block- und Prüfungszeiten. Diese Zahl ist alarmierend und nimmt weiter zu.

Die Energierechnungen explodieren, *„am Ende des Monats habe ich nicht mehr genug Geld, um Lebensmittel zu kaufen, und ich konnte mein Transportabonnement nicht verlängern, obschon es sehr billig ist“*, sagt Deborah in der

Umfrage, die die Jung-CSC in den sozialen Netzwerken gestartet hat. Was junge Menschen brauchen, sind strukturelle Lösungen, um aus der Prekarität herauszukommen, wie die Senkung der Bildungskosten und die Senkung der Energiepreise, aber keine zusätzlichen 125 Stunden mit Verträgen, die keine Existenzsicherheit bieten.

In diesem Winter laufen viele Unternehmen Gefahr, schließen zu müssen, da sie die steigenden Energiekosten nicht tragen können. Die Jobstudenten werden keinen Zugang zur Kurzarbeit haben, so dass sie ohne Einkommen dastehen. Die Studentenarbeit mit 125 zusätzlichen Stunden noch flexibler zu gestalten, wird dieses Problem nicht lösen. Auch in Bezug auf den Lohn werden Studenten bestraft. In der Tat *„erlaubt ein Studentenvertrag es nicht, Ansprüche an die soziale Sicherheit aufzubauen“*, sagt Nel Van Slijpe. Eine Erhöhung der Stundenzahl im Rahmen von Studentenverträgen ändert daran nichts, da diese Art von Vertrag immer unvorteilhafter ist als ein herkömmlicher Vertrag (mit Jahresendprämie, Urlaubsgeld, Kurzarbeit, Recht auf Zugang zur sozialen Sicherheit, usw.).

Die einzigen Gewinner dieser Maßnahme werden Arbeitgeber sein, die noch mehr von günstigen und flexiblen Studenten profitieren können. Junge Menschen brauchen dagegen eine Aufwertung der Studentenarbeit, die es ihnen ermöglicht, Rechte für den Rest ihrer Karriere aufzubauen und Zugang zu sozialer Sicherheit zu erhalten, um im Falle eines Arbeitsplatzverlustes geschützt zu sein.

Die Jung-CSC wird in den kommenden Wochen weiterhin zu diesem Thema mobilisieren, um die Rechte der Jobstudenten zu verteidigen.



Der Impfurlaub ist zurück

Wenn Sie Ihre Corona-Auffrischungsimpfung während der Arbeitszeit erhalten, können Sie sich seit dem 1. Oktober 2022 ohne Lohnverlust erneut impfen lassen.

Arbeitnehmer haben nämlich Anspruch auf „Impfurlaub“ oder bürgerliche Abwesenheit. Letztere können Sie auch nutzen, um Ihr minderjähriges Kind oder einen Erwachsenen mit Behinderung (dessen Betreuer Sie sind) zur Impfung zu begleiten. Die Vertragsbediensteten im öffentlichen Dienst und Zeitarbeitskräfte können diese Regeln ebenfalls vorläufig bis zum 31. Dezember 2022 geltend machen.

Wenn Sie aufgefordert werden, sich während der Arbeitszeit impfen zu lassen, haben Sie Anspruch auf eine bürgerliche Abwesenheit für die Zeit, die Sie zur Impfung benötigen, d.h. die Hin- und Rückfahrt zum Ort der Impfung und die Zeit, die Sie dort verbringen. Um diese Regelung in Anspruch nehmen zu können, müssen Sie Ihren Arbeitgeber im Voraus informieren. Am besten, sobald Sie das Zeitfenster für die Impfung kennen.

Was ist mit dem Nachweis?

Sie müssen nur dann einen Nachweis vorlegen, wenn Ihr Arbeitgeber ihn verlangt. Dabei handelt es sich um ein Dokument, das die Uhrzeit und den Ort Ihres Impftermins bestätigt.

Ihr Arbeitgeber ist nicht berechtigt, einen Beweis Ihrer tatsächlichen Anwesenheit zu verlangen. Der Arbeitgeber darf Sie weder um eine Kopie des Beweises bitten noch Sie



©adobe-stock.com

auffordern, diesen Beweis per E-Mail zu übermitteln.

Aus Verwaltungsgründen kann Ihr Arbeitgeber den Zeitpunkt Ihrer bürgerlichen Abwesenheit notieren, er darf Sie aber nicht nach deren Begründung fragen.

Mehr Infos über die bürgerliche Abwesenheit (Dauer, Formen, Bedingungen) auf:

[www.dieesc.be/ihre-rechte/
arbeiten-im-privatsektor/urlaub/
buergerliche-abwesenheit](http://www.dieesc.be/ihre-rechte/arbeiten-im-privatsektor/urlaub/buergerliche-abwesenheit)



Baufach: Treuemarken 2021-2022

Alle Arbeiter des Bauфachs, die in einem Unternehmen beschäftigt sind, dessen LASS-Nummer mit 024, 026, 044 oder 054 beginnt, haben Anspruch auf Treuemarken.

Die Karten werden allen Bauarbeitern ab dem 30. September 2022 vom Existenzsicherheitsfonds zugestellt. Diese Karte muss in einem CSC-Dienstleistungszentrum oder im Sekretariat der CSC Bau-Industrie & Energie abgegeben werden.

Der Betrag auf der Karte entspricht 9 % des zwischen dem 1. Juli 2021 und dem 30. Juni 2022 verdienten Bruttolohnes.

Achten Sie bitte darauf, dass Ihre Bankkontonummer auf der Karte eingetragen ist und dass Sie bei der CSC beitragsmäßig in Ordnung sind.

Die Treuemarken werden ab Montag, den 24. Oktober 2022, ausbezahlt.

Sollten Sie noch keine Karte erhalten haben und der Meinung sein, eine solche beanspruchen zu können, kontaktieren Sie bitte direkt ein CSC-Dienstleistungszentrum oder die CSC Bau-Industrie & Energie. Die Treuemarken

werden nämlich nur den Arbeitgebern zugestellt, die ihre Beiträge für das gesamte Referenzjahr bezahlt haben. Ist dies nicht der Fall, muss ein Beschwerdeverfahren eingeleitet werden. Unsere Kollegen der CSCBIE können Ihnen in diesem Fall helfen.

Sollten Sie noch im Besitz von älteren Karten sein (älter als 3 Jahre), so können Sie diese noch unter gewissen Bedingungen einlösen. Geben Sie diese Karten so schnell wie möglich in unseren Sekretariaten ab!



©adobe-stock.com

Kommentar

Eine Lanze für den Index

Am 17. Oktober haben die belgischen Gewerkschaften mit einer Kundgebung in Namur an den Welttag der Armut erinnert. Im Herbst 2022, in dem viele Familien auch in Belgien nicht wissen, wie um alles in der Welt sie die nächste Strom- oder selbst Supermarktrechnung bezahlen sollen, ist dieser Tag auch Anlass für eine Hommage: An den belgischen Lohnindex, der die Angst vor der nächsten Rechnung zumindest ein Stück weit erträglich macht. Seit mehr als hundert Jahren sorgt der weltweit fast einzigartige Mechanismus dafür, dass Löhne und Sozialleistungen der Entwicklung der Verbraucherpreise folgen und Preissteigerungen damit nur begrenzte Auswirkungen auf den Lebensstandard der Menschen in unserem Land haben. Seit die verschärfte Lohnnorm von 2017 freie Tarifverhandlungen in Belgien unterbindet, bleibt der Index für viele Arbeitnehmer sogar der einzige Halt, der sie und ihre Familien vor dem Abrutschen in die Armut bewahrt.

Wie so oft in Krisenzeiten wird der belgische Lohn-Preis-Index aber auch heute wieder öffentlich in Frage gestellt. Angesichts der schwierigen Zeiten für viele Unternehmen wird mit einem Indexsprung geliebäugelt, von manchen wird sogar seine Abschaffung gefordert: Der Index als

das Kreuz der belgischen Wirtschaft, das unserem Standort im Vergleich mit dem benachbarten Ausland zum ewigen Nachteil gereicht. Wer mit diesen Argumenten in die Debatte geht, der blendet aus, worum es im Kern geht: um den Erhalt der Kaufkraft der Arbeitnehmer. Nicht mehr und nicht weniger.

Er trägt lediglich dazu bei, den Lebensstandard aller Menschen in unserem Land zu erhalten. Damit leistet er nicht nur einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen die Armut, sondern auch zum wichtigsten Wirtschaftsmotor Belgiens: den Geldbeutel der Arbeitnehmer. Immerhin stammt fast die Hälfte des Bruttoinlandsproduktes aus den Ausgaben von Privathaushalten. Das macht jede Investition in die Kaufkraft auch zu einer Investition in die allgemeine Wirtschaftsleistung.

Reich wird durch den Index niemand. Im Gegenteil, er gleicht nicht einmal die reale Inflation aus. Im besten Fall greift er sechs Monate nach Beginn der Preissteigerungen, je nach Sektor sogar erst bis zu einem Jahr später. In der Folge geht trotz Index auch in Belgien die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. So ist seit den neunziger Jahren der Anteil der Lohnkosten an der Produktivität belgischer Unternehmen um 12



Prozent gesunken. Mit anderen Worten: Die Gewinne der Unternehmen steigen, die Arbeitnehmer haben am erarbeiteten Wohlstand immer weniger Anteil. Die Differenz fließt auch nicht etwa als Investition in die Unternehmen selbst, sondern zunehmend an internationale Muttergesellschaften oder in Dividendenzahlungen an die Aktionäre. Alleine 2022 haben belgische Unternehmen 10 Milliarden Euro in Dividendenzahlungen ausgeschüttet. Das Jahr 2021 war, trotz der Auswirkungen der Coronakrise, ein Rekordjahr für die Gewinnspannen der belgischen Wirtschaft.

Um die Gehaltsklassen mit den höchsten Löhnen müssen wir uns übrigens keine Sorgen machen. Die Gehälter der BEL-20-Chefs sind alleine 2021 um mehr als 14 % gestiegen... weit mehr als dieses Jahr die Indexierung der „normalen“ Löhne. Es wäre doch an der Zeit, dass auch hier mit gleichem Maß gemessen wird!

Marc Niessen
CSC-Regionalsekretär

Die Ursachen der hohen Inflation bekämpfen, JA Die Arbeitnehmer bestrafen, NEIN

Mitte Oktober plädierten der belgische Unternehmerverband und die flämische Mittelstandsvereinigung Unizo wieder einmal für einen Indexsprung. Angesichts der aktuell sehr hohen Inflation ist diese Forderung einfach unverschämt. Folgt man nämlich der Argumentation der Arbeitgeber, würden die Unternehmen zunächst deutlich ihre Preise erhöhen, um danach den Haushalten durch einen Indexsprung eine „doppelte Strafe“ aufzuerlegen.

Die jetzige hohe Inflation ist auf die hohen Energiekosten zurückzuführen. Ein Indexsprung wird daran nichts ändern, außer

dass der Verbraucher dafür bezahlen wird. Dieser muss jetzt schon seine Ausgaben herunterschrauben, was wirtschaftliche Auswirkungen hat.

Angesichts der hohen Inflation muss man das Problem an der Wurzel packen. Der Gaspreis muss vom Strompreis abgekoppelt werden, es muss eine Energiepreisobergrenze eingeführt, die Energiewende sichergestellt und die Gebäude massiv renoviert werden.

Die Arbeitgeberorganisationen, die diese grundlegenden Lösungen unterstützen, werden Verbündete auf Seiten der Gewerkschaften finden.



©adobe-stock.com

Grâce-Hollogne: Sieg der Gewerkschaft bei Farnell

Farnell, eine Vertriebsplattform für elektronische Bauteile mit Sitz in Grâce-Hollogne, aber Hauptsitz in Leeds (Großbritannien), litt zunächst unter den Auswirkungen des Brexit, bevor sie von der Corona-Krise und einer Verknappung der Rohstoffe betroffen war. Kurz gesagt, seit Monaten ist ihr Geschäftsvolumen in der Region Lüttich stark zurückgegangen. Dem Unternehmen geht es trotzdem noch gut und so fanden die Vorschläge der Gewerkschaften Gehör bei der Direktion.

Seit dem 1. Oktober profitieren alle Vollzeitbeschäftigten, Arbeiter, Angestellten oder Kader von einer Arbeitszeitverkürzung, ohne auf einen Teil des Lohnes oder auf außergesetzliche Vorteile verzichten zu müssen. Das Arbeiterpersonal reduziert seine Arbeitszeit von 38 auf 32 Stunden pro Woche an vier Tagen in der Woche. Für Teilzeitbeschäftigte gibt es keine Arbeitszeitverkürzung, aber als Ausgleich dafür wird der Stundenlohn indexiert. Die Angestellten reduzieren von 37 auf 33 Stunden an fünf Tagen in der Woche, Teilzeitbeschäftigte proportional.

Dieses Protokoll gilt vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. Dezember 2024. Während dieses Zeitraums verpflichtet sich der Arbeitgeber, keine Entlassungen vorzunehmen (außer bei schwerwiegendem Fehlverhalten oder medizinischer höherer Gewalt) und keine Zeiten wirtschaftlicher Arbeitslosigkeit einzuführen.

Waremme: 41 Arbeitsplätze bei Mölnlycke gefährdet

Am 6. Oktober wurden die Arbeitnehmervertreter in einem außerordentlichen Betriebsrat bei Mölnlycke Health Care (Waremme) über die Absicht der Geschäftsleitung informiert, ihre Abteilung „Global Customer Care“ zu schließen und sich damit von den 41 dort beschäftigten Angestellten zu trennen.



Rebecca Peters
Berufssekretärin CSCBIE

„Die Situation des Unternehmens war lange Zeit schwierig, aber eine Massenentlassung hätte sich niemand vorstellen können. Die Arbeitnehmer stehen unter Schock“, sagt Rebecca Peters, Berufssekretärin der CSCBIE. „Zurzeit sind wir alle fassungslos. Aber wir werden die Situation in Ruhe analysieren und alles tun, um Arbeitsplätze zu verteidigen“, sagt Rebecca Peters. Derzeit sind am Standort Waremme rund 300 Mitarbeiter beschäftigt. Auch in den anderen Abteilungen schlug die Ankündigung wie eine Bombe ein. „Das schafft ein hohes Maß an Unsicherheit für die Zukunft des Unternehmens“, resümiert die CSCBIE-Berufssekretärin.

23. Oktober: Klimamarsch

Die Aktion für das Klima beginnt mit kleinen Schritten. Allein kann man nichts bewirken. Aber wenn Zehntausende für das Klima auf die Straße gehen, wird das die Politiker veranlassen, endlich ehrgeizige, nachhaltige und gerechte Maßnahmen zu ergreifen.

Noch kann man nicht sagen, dass es zu spät ist. Jedes Zehntelgrad zählt. Die Klimakrise ist ein Fakt, aber die Aussicht auf eine Zukunft, die den Menschen, seine Rechte und den Planeten wieder in den Mittelpunkt stellt, muss uns motivieren. Wir werden unsere Entschlossenheit in einer festlichen Atmosphäre zum Ausdruck bringen.

**Treffen am 23. Oktober
ab 13 Uhr am Nordbahnhof
in Brüssel.**



Straßentransport: Wann hat das Sozialdumping ein Ende?



Vor einigen Monaten veranstaltete die CSC-Transcom einen Studientag zur Zukunft des Straßentransportes. Eine gute Gelegenheit, um festzustellen, ob das vor zwei Jahren ins Leben gerufene Mobilitätspaket und dessen Maßnahmen zur Eindämmung des Sozialdumpings eingehalten werden. Keine Überraschung: Die Antwort ist nein.

Das Mobilitätspaket, das 2020 nach 15 Jahren Gewerkschaftskampf vom EU-Parlament angenommen wurde, zielt darauf ab, die Arbeitsbedingungen von Fahrern im Güter- und Personentransport in der Europäischen Union zu regeln. Aber das beste Gesetz der Welt taugt nichts, wenn es nicht kontrolliert wird und wenn Betrüger für ihre Vergehen nicht angemessen bestraft werden. In Ermangelung regelmäßiger Kontrollen und eines Kataloges von Geldbußen, die diesen Namen auch verdienen, stockt der soziale Fortschritt, den das Mobilitätspaket verspricht. Die CSC-Transcom, die Kontrolleure und die Justiz sind sich einig, dass dringend die personellen und finanziellen Mittel gefunden werden müssen, um das Sozialdumping einzudämmen und unsere Straßen sicherer zu machen. Die Zeit wird in der Tat knapp: Sozialdumping bleibt die Norm auf unseren Straßen und das Phänomen nimmt sogar tendenziell zu.

Globales Dumping

Für die Überprüfung verdächtiger Fahrzeuge ist unter anderem die Verkehrspolizei zuständig. Eine Aufgabe, die Strenge, aber auch Verständnis für die Arbeitnehmer des Sektors erfordert: Die Situation der Lkw-Fahrer, von denen viele aus Osteuropa und Drittländern kommen, ist in der Tat katastrophal, ihre Arbeitsbedingungen ähneln manchmal der Sklaverei. Inspektor Raymond Lausberg will die Würde dieser Opfer des Systems wiederherstellen: „Sozialdumping ist in erster Linie eine Übertretung der Sozialgesetze und Betrug in puncto Mehrwertsteuer“, erklärt er. „Betrogen wird auch bei der Kfz-Registrierung, beim Kraftstoff, bei den Dokumenten... Vor kurzem habe ich eine Ausbildung gegeben. In der praktischen Übung wurde bei den ersten fünf überprüften Fahrzeugen Sozialdumping festgestellt! Die Föderalre-

gierung und die Justiz müssen mit der Faust auf den Tisch hauen und mehr Kontrolle fordern.“

Ausgenutzte Fahrer

Im Transportsektor bleiben missbräuchliche Praktiken die Norm und missachten systematisch bestimmte Maßnahmen des Mobilitätspakets, wie das Verbot einer normalen wöchentlichen Ruhezeit von 45 Stunden in der Kabine oder die Verpflichtung der Unternehmen, die Arbeit der Fahrer so zu organisieren, dass sie alle drei oder vier Wochen nach Hause oder zur Betriebszentrale des Arbeitgebers zurückkehren können. Ausgebeutet und unterbezahlt erhalten die Fahrer 400 Euro im Monat! Der Rest des Lohnes wird in Form von Tagesgeldern gezahlt, die nicht besteuert werden und nicht sozialversicherungspflichtig sind... und die zum Zeitpunkt ihrer Rente natürlich nicht berücksichtigt werden. „Und

wenn ich glaube, dass wir den Tiefpunkt erreicht haben, wird es noch schlimmer. Ich machte einen Witz, dass wir bald chinesische Fahrer auf unseren Straßen haben würden. Die Grenze rückt immer näher!“ Der Inspektor hat bereits Fahrer aus Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und sogar den Philippinen überprüft, oft am Lenkrad polnischer oder litauischer Fahrzeuge. Ein Phänomen, das mit Briefkastenfirmen verstärkt wird, das heißt, die Firmen haben in dem Land, in dem sie ansässig sind, keine wirkliche Geschäftstätigkeit. Dieses System wurde bereits von westlichen Unternehmen verwendet, als sie Scheinfilialen im Osten gründeten. Nun revanchieren sich Unternehmen in Osteuropa, indem sie fiktive Niederlassungen im Westen gründen. „Von 210 überprüften Fahrzeugen verstießen 180 gegen die Regeln, darunter 130 gegen die Regeln des Mobilitätspakets. Von diesen Fahrzeugen kamen knapp 50 % der Fahrer aus Drittländern.“ Jeden Tag werden in Belgien 23.000 polnische Lastkraftwagen, 10.000 rumänische und 7.500 litauische LKWs registriert. „Wir sind entschieden für den freien

Belgien hat kein Monopol auf Sozialdumping. Das Problem besteht in ganz Europa.

Güter- und Personenverkehr, aber für eine regulierte Marktwirtschaft“, erklärt Roberto Parrillo, Hauptverantwortlicher für Transport und Logistik bei der CSC-Transcom und Präsident der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF). „Wir müssen ständig dafür kämpfen, dass die geltenden Regeln wirklich angewendet und kontrolliert werden.“

Mehr und besser kontrollieren

Inspektor Lausberg fordert seit vielen Jahren einen angemessenen Bußgeldkatalog. „Seit 2021 ist die Situation katastrophal. Meiner Meinung nach ist meine Einheit in Battice im Moment die einzige in Europa, die eine mündliche Vereinbarung mit der Justizbehörde hat, die es uns ermöglicht, eine Geldbuße zu verhängen, die es nicht gab. Das Mobilitätspaket ist zwei Jahre alt und wir haben noch immer keinen Bußgeldkatalog!“



Das Mobilitätspaket soll die Arbeitsbedingungen der Fahrer regeln.

© Octavian Carare / Beipress

Das Defizit ist kolossal. Im Jahr 2021 wurden rund 245 Protokolle erstellt, gegen 125 in den Vorjahren. „Wenn in jedem Verkehrsposten täglich ein Team von Spezialisten unsere Autobahnen befährt, denke ich, dass sich die aktuelle Zahl innerhalb eines Jahres vervierfachen wird. Wir müssen nicht mehr Fahrzeuge kontrollieren, wir müssen sie besser und regelmäßiger kontrollieren. Dafür brauchen wir Qualitätskontrolleure.“

Aber Belgien hat kein Monopol auf Sozialdumping: Das Problem besteht in ganz Europa. „Unsere Nachbarn kontrollieren nicht mehr als wir“, sagt der Inspektor. „Sollten wir dann nicht über die Einrichtung einer koordinierten europäischen Polizeikontrollzelle nachdenken, die speziell

dem Sozialdumping gewidmet ist?“

Polizei und Justiz fehlen die Mittel

Föderalrichter Raphaël Malagnini teilt diese Beobachtungen aus der Praxis: Seit mehreren Jahren arbeitet er eng mit Raymond Lausberg zusammen. Wie letzterer möchte auch er mehr Dossiers bearbeiten können. „Die Untersuchungsmittel sind vorhanden, aber vergessen wir nicht, dass es sich um Methoden der polizeilichen Ermittlung handelt. Zwei Vollzeit-Polizisten zur Untersuchung eines einzigen Dossiers reichen nicht aus. Wir bräuchten 60 bis 70 auf nationaler Ebene und pro Dossier, um wirklich etwas verändern zu können.“





Regelwidrige LKW: das andere Übel

„Mitte März waren von 74 Fahrzeugen, die auf Sozialdumping überprüft wurden, 64 nicht in Ordnung“, berichtet Raymond Lausberg. Gefälschte technische Kontrollen, Benzinbetrug, Fahrtenschreiberbetrug,... Eine Reihe von betrügerischen Unternehmen warten ihre Fahrzeuge nicht ordnungsgemäß und verwandeln sie in rollende Bomben. „Im Moment gibt es viele Fahrzeuge, die wir aus dem Verkehr ziehen, weil sie keine Bremsen mehr haben. Die Mitgliedstaaten müssen verpflichtet werden, Daten über die Unternehmen bereitzustellen, die bei der Wartung ihrer Fahrzeuge immer in Verzug sind.“ Wie schon vorher gesagt, das beste Gesetz der Welt taugt nichts, wenn es keine Kontrollen gibt.

Viele Fahrzeuge sind technisch nicht in Ordnung.



© 2018 Siwakorn1933 / Shutterstock

Es gibt große Anstrengungen in Bezug auf die Ermittlungskapazitäten, aber da mache ich mir wenig Illusionen“, fügt der Richter hinzu, der auf die Trägheit des Justizsystems und den Mangel an Ressourcen hinweist, die den Inspektionsdiensten zur Verfügung gestellt werden.

Politische Verantwortung

Für Roberto Parrillo „besteht der einzige Ausweg aus dem Sozialdumping darin, eine politische Richtung zu geben, nicht nur zusätzliche Mittel. Die Politik muss eine mittel- und langfristige Vision haben. Null-Emissionen [Anm. d. Red.: von CO₂] für

2050 ist sehr gut, aber wann werden 0 % Sozialdumping erreicht? In den verschiedenen Dokumenten, die zur Erreichung dieses Ziels konsultiert wurden, wird der soziale Aspekt nie erwähnt. Es wird auf der Nachhaltigkeit des Transportsektors bestanden, aber dafür brauchen wir Mittel und den politischen Willen.“

Wurde diese Bitte vom föderalen Mobilitätsminister Georges Gilkinet gehört, der beim Studientag zur Zukunft des Straßentransports zugegen war? „Die Dinge bewegen sich, aber nicht schnell genug. Es ist an der Zeit, die Dinge zu beschleunigen, denn das Schlimmste ist, ein Mobilitätspaket zu haben, das etwas taugt, dessen

Maßnahmen aber nicht umgesetzt werden. Die Folgen werden schrecklich sein, wenn sich nichts bewegt“, warnt Roberto Parrillo, bevor er abschließend bemerkt: „Heute machen sich die gleichen Aspekte des Sozialdumpings in der Logistikbranche breit. Bisher war dieser Sektor geschützt, aber das ist nicht mehr der Fall. Arbeiter importieren, um sie in einem Schuppen arbeiten zu lassen, ist eine inakzeptable Situation!“

1 Am 16. Juni 2022 billigte die Kammer einen Gesetzentwurf, der Grenzen für die ungezügelte Entsendung von LKW-Fahrern festlegt.

“ Roberto Parrillo: „Wir erwarten finanzielle und personelle Ressourcen“

Wie kann das Sorgfaltspflichtgesetz eine Rolle im Kampf gegen Sozialdumping spielen?

Meiner Meinung nach brauchen wir ein Gesetz über eine Sorgfaltspflicht. Diese sollte nicht dem guten Willen jedes Unternehmens überlassen werden. Wenn die Sorgfaltspflicht freiwillig ist, wird sie nicht funktionieren. Heute, zum Beispiel bei der Umsetzung der Richtlinie über die Entsendung von Transportunternehmen, besteht die volle Mitverantwortung zwischen Auftragnehmern und Speditoren. Sie können sich ihrer Verantwortung nicht mehr entziehen. Aber jetzt müssen wir diese Richtlinie in die Praxis umsetzen und durchsetzen. Wie beim Mobilitätspaket ist die Maßnahme gut, aber wir haben derzeit nicht genügend Kontrolleure und Kontrollierte. Die Strafen müssen strenger sein, denn wenn die Sanktionen nicht den begangenen Fehlern gewachsen sind, geht es am nächsten Tag weiter.

Was erwarten Sie?

Die CSC-Transcom erwartet finanzielle, aber auch personelle Mittel. Wir müssen auf allen Ebenen Polizeibeamte

einstellen und in sie investieren. Wir müssen ihnen eine gute Ausbildung anbieten, denn das fehlt wirklich. Die Beweise sind da: die Kontrollmaßnahmen, die Umsetzung dieser Kontrollen, die Folgemaßnahmen, die Sanktionen usw., kosten nichts und bringen Geld ein. Darüber hinaus verbessert dies auch die Sicherheit und den Gesundheitsschutz nicht nur der Fahrer und Transportbeschäftigten, sondern auch der Bürger. Wenn wir wissen, dass in Belgien drei oder vier Polizisten alleine 60 % der Einnahmen aus einer Maßnahme wie dem Ruheverbot im LKW generieren, kann man sich Fragen stellen. Es ist klar, dass es seitens der Kontrolleure nicht an Willen mangelt. Wir brauchen mehr politischen Willen und mehr Ausbildung.



Fall Jost: Sozialdumping immer noch aktuell?

Am Montag, dem 17. Oktober, prüfte das Strafgericht Lüttich den zweiten Teil des Vergleichs zwischen Roland Jost, dem Chef des Transportunternehmens „Jost Group“, und der Staatsanwaltschaft. Nach einem Ende 2021 gewährten finanziellen Vergleich handelt es sich um ein zwischen den Parteien ausgehandeltes Verfahren des „Schuldbekenntnisses“: drei Jahre Haft auf Bewährung. Aber die Lütticher Justiz hat diesem Abkommen nicht zugestimmt.

Für die CSC-Transcom ist es logisch, dass das Gericht diese Transaktion nicht bestätigt, wenn Roland Jost seine verwerflichen Praktiken wirklich fortgesetzt hat. *„Wenn das der Grund ist, finden wir es normal. Für jede Prozesspartei ist dies so. Natürlich warten wir darauf, die Gründe des Gerichts zu erfahren“*, erklärt Roberto Parrillo, Hauptverantwortlicher für Transport und Logistik der CSC-Transcom.

Zur Erinnerung: Im Jahr 2015 interessierte sich die belgische Justiz intensiv für die Praktiken des Transporteurs. Sie verdächtigte ihn des groß angelegten Sozialdumpings, aber auch des Menschenhandels. Zwei Jahre später stellte sie Roland Jost unter Haftbefehl und beschlagnahmte rund 240 seiner Lastwagen.

„Aber was ist mit den Fakten, die später angeprangert wurden?“, fragt Ludovic Moussebois, Berufssekretär der CSC-Transcom Lüttich-Verviers. „Es ist klar, dass die Praktiken des Unternehmens nicht aufgehört haben. Bei vielen Gelegenheiten haben wir neue verwerfliche Taten angeprangert. Nach 2017 flog Jost weiterhin rumänische Fahrer über Maastricht nach Belgien ein. Was ist der Sinn einer Bewährungsstrafe? Bei einem Strafaufschub verspricht man, gleiches nicht noch einmal zu tun, aber er machte einfach weiter. Für uns ist klar, dass er ein Wiederholungs-täter ist. Wir glauben, dass sowohl die Finanztransaktion als auch die Gefängnisstrafe in diesem Fall sehr nach

Prämien für Sozialdumping aussehen, was wahrscheinlich alle anderen auf Ideen bringt.“

Trotz dieses emblematischen Falles plagt das Sozialdumping weiterhin den gesamten Sektor. *„Wir haben mit dem europäischen Mobilitätspaket große Fortschritte auf rechtlicher Ebene erzielt, aber der belgische Staat muss noch ausreichende Ressourcen bereitstellen, um Kontrollen durchzuführen. Trotz des guten Willens der Inspektoren und Prüfer reichen die Kontrollmittel derzeit bei weitem nicht aus. Die Spediteure wissen das. Meistens halten sie einen Umschlag bereit, um die Geldstrafe direkt zu bezahlen, und fahren weiter, als wäre nichts geschehen... Das ist für sie billiger, als die Regeln einzuhalten! Theoretisch müssen ausländische Fahrer alle acht Wochen in ihr Herkunftsland zurückkehren, aber in der Realität tun sie das höchstens ein- bis zweimal im Jahr.“*

Die CSC-Transcom hat den Kampf gegen Sozialdumping zu ihrem Steckenpferd gemacht: Sie steht an vorderster Front und gibt nicht auf. *„Wir brauchen die Unterstützung der Justiz, um den Spediteuren klar zu machen, dass sie schwer bestraft werden, wenn sie sich nicht an die Regeln halten.“*



Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Ostbelgien

Ende September 2022 waren in Ostbelgien 2.373 Vollarbeitslose gemeldet. Laut Arbeitsamt sind das 156 Personen weniger als im August. Damit sind die Zahlen wie jedes Jahr nach dem saisonalen Anstieg in den Sommermonaten wieder zurückgegangen. Die Arbeitslosenrate sinkt auf 6,3 %.

„Nach dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen, der saisonal bedingt vor allem auf Schulabgänger und während der Ferienmonate unbeschäftigte Arbeitnehmer zurückzuführen ist, sind damit wie jedes Jahr im Herbst wieder sinkende Zahlen zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte mindestens bis zum Winterbeginn anhalten, könnte sich aber je

nach wirtschaftlicher Lage auch über den Jahreswechsel fortsetzen“, erklärt das Arbeitsamt.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Arbeitslosenzahlen in Ostbelgien wie schon im August gestiegen. *„Ende September 2022 sind 54 Personen mehr gemeldet als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr, was einem Anstieg um 2,3 % entspricht. Dieser Anstieg ist vor allem auf die als Arbeit-suchende eingetragenen Ukraine-Flüchtlinge zurückzuführen, deren Zahl Ende September bei 116 Personen lag. Drei Viertel sind Frauen.“*

www.adg.be/statistik



Ist die Ukraine ein EU-Beitrittskandidat?

JA, aber unter Achtung der Arbeitnehmerrechte

Seit acht Monaten herrscht Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Wir ziehen eine erste Bilanz und blicken auf den Wunsch der Ukraine, der Europäischen Union beizutreten.

Nach Angaben der Vereinten Nationen hat dieser Krieg bislang etwa 6.000 zivile Opfer¹ und 8.300 Verletzte gefordert. 17 Millionen Menschen haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren und 7,4 Millionen sind aus der Ukraine in Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) geflohen. Darüber hinaus sind 7 Millionen Ukrainer im eigenen Land auf der Flucht. Die materiellen Schäden an Infrastruktur und Gebäuden und damit die Kosten für den Wiederaufbau sollen sich auf 1 Billion Euro belaufen. 4,8 Millionen Arbeitnehmer haben ihren Arbeits-

platz verloren. In Anbetracht der angekündigten Unternehmensschließungen dürften insgesamt 7 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen.

Die Ukraine hat sich dennoch gegen die russische Invasion gewehrt. Es kam weder zur schnellen Errichtung eines pro-russischen Regimes noch zur Invasion des größten Teils des ukrainischen Staatsgebietes. Die ukrainische Bevölkerung und die ukrainischen Arbeitnehmer haben sich der russischen Invasion mutig entgegengestellt und damit klar gezeigt, was sie wollen. Sie sind für eine souveräne ukrainische Nation, für Europa und die EU und für die Werte der Demokratie und des Rechtsstaates.

Doch genau zu dem Zeitpunkt, an dem sie ihr Land gegen die russische Armee verteidigen, sind die ukrainischen Arbeitnehmer Angriffen aus ihrem eigenen Parlament ausgesetzt. Die Rada hat Ende Juli zwei Gesetze verabschiedet, die die Rechte der Arbeitnehmer in Frage stellen. Das Gesetz 5371 nimmt allen Arbeitnehmern in Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten, d. h. mehr als 70 % aller Arbeitnehmer, den Schutz durch das Arbeitsrecht und die zusätzlichen Leistungen, die in Tarifverträgen vorgesehen sind. Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten können sich den Bestimmungen der in der Branche oder auf nationaler Ebene geschlossenen Tarifverträge entziehen. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hatte bereits früher entschieden, dass das Gesetz gegen mehrere internationale Arbeitsabkommen verstößt.

¹Die Zahl der militärischen Opfer wird nicht offiziell bekannt gegeben. Sie dürfte jedoch auf ukrainischer Seite mindestens fünfmal und auf russischer Seite zehnmal höher sein als die Zahl der zivilen Opfer.



Antisoziale Politik

Ein zweites Gesetz erlaubt nun den Rückgriff auf Null-Stunden-Verträge oder Verträge auf Abruf. Zwei weitere Gesetzesvorschläge zielen auf die Enteignung von Gewerkschaftsimmobiliën ab: Sanatorien und Ferien- und Ausbildungszentren, die seit Kriegsbeginn als Notunterkünfte für 300.000 Vertriebene genutzt wurden. Die Regierung und das Parlament scheinen den Krieg und das Kriegrecht, das öffentliche Aktionen stark einschränkt, auszunutzen zu wollen, um heimlich eine antisoziale und gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtete Politik durchzusetzen.

Für Luca Visentini, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), ist es höchste Zeit, dass die EU eine klare Botschaft an die ukrainische Regierung und das Parlament sendet: Die Achtung der Arbeitnehmerrechte und des sozialen Dialogs ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Beitritt zur Europäischen Union. Präsident Selenskyj muss sein Vetorecht nutzen, um die arbeitnehmerfeindlichen Gesetze aufzuheben. Die Regierung muss die Gewerkschaften, die enorme Anstrengungen unternehmen, um Vertriebene aufzunehmen, als Partner

beim Wiederaufbau betrachten und nicht als Feinde, die von ihren Grundstücken vertrieben werden müssen. Die Sozialpartner - Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände - müssen ihre Rolle im sozialen Dialog für den Wiederaufbau und in den von der EU finanzierten Programmen spielen können. Derzeit werden sie von der Regierung davon ausgeschlossen.

Der Wiederaufbau muss auf einem Sozialpakt beruhen, mit besonderem Augenmerk auf Beschäftigung, angemessenen Löhnen, Schutz des Arbeitsrechts, Sozialschutz und sozialem Dialog. In den letzten Jahren hat sich die CSC, ebenso wie der Europäische Gewerkschaftsbund, stets für eine Erweiterung der Europäischen Union auf dem Westbalkan und an unseren östlichen Grenzen ausgesprochen. Eine solche Erweiterung fördert die friedliche Koexistenz und die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Wir begrüßten daher den der Ukraine gewährten Status als EU-Beitrittskandidat. Wir betonen jedoch, dass die Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllt sein müssen. Der Status der Ukraine als Beitrittskandidat muss ein Hebel für die Achtung der Menschenrechte, der Arbeitsrechte, des sozialen Dialogs und der Arbeitnehmermitbestimmung, aber auch der Demokratie und des

Rechtsstaates sein.

Die EU für Frieden und Entwicklung

Vor der Sommerpause hat die CSC einen offenen Brief der Friedensbewegung an den Premierminister mitunterzeichnet. In diesem Brief brachten wir unsere Besorgnis über die Zunahme des Militarismus und der Militärausgaben zum Ausdruck, während die belgischen Arbeitnehmer unter den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und der Sanktionen leiden und angesichts der steigenden Energiepreise und Lebenshaltungskosten einen harten Winter vor sich haben werden.

Seit dem Ausbruch des Konflikts hat sich die CSC zusammen mit der gesamten europäischen Gewerkschaftsbewegung für eine stärkere Rolle der EU im Friedensprozess ausgesprochen.

Acht Monate nach der russischen Invasion, die wir nach wie vor aufs Schärfste verurteilen, erinnern wir daran, dass die EU ihre Rolle im Friedensprozess unter Achtung von Demokratie, Menschenrechten und internationalen Verträgen wahrnehmen muss.



25. Februar 2022: zerstörtes Gebäude in der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

Die Inflation hat gewissen Unternehmen bereits Milliarden eingebracht

Wir erleben derzeit ein spektakuläres Inflationsniveau. Im Moment liegt die Inflation bei zirka 10 %.

Was verursacht diesen Preisanstieg? Im Preis der Güter und Dienstleistungen, die man kauft, gibt es einen Teil, der verwendet wird, um die importierten Rohstoffe zu bezahlen, die man zur Produktion benötigt („Import“-Effekt), einen Teil zur Bezahlung der Produktionssteuern, einen Teil zur Bezahlung der Löhne belgischer Arbeiter und einen Teil, der den Gewinnen belgischer Unternehmen zugeordnet wird. Der „Import“-Effekt hat auch einen „Ausland“-Effekt“, das heißt, dass der Beitrag der

Importe zur Inflation auch den Beitrag von ausländischen Gewinnen, Löhnen und Steuern umfasst. Die Inflation ergibt sich daher aus der Kombination der Anstiege dieser verschiedenen Faktoren.

Es sind die erhöhten Importpreise, die vor allem den Preisanstieg in Belgien erklären. Das ist ganz logisch, waren die beiden letzten Jahre doch durch einen Anstieg der Preise von Energie gekennzeichnet, die zum großen Teil nicht in Belgien produziert wird: Gas, Kraftstoffe, Heizöl,...

Zwischen 1996 und 2019,
als der Brotpreis um 1 € stieg:

Zwischen 2020 und 2022,
wenn der Brotpreis um 1 € steigt:



In dem „Import“-Effekt erklärt der außergewöhnliche Anstieg der Gewinne der Energieunternehmen einen erheblichen Teil der Inflation. Hier sind einige Beispiele für unverhältnismäßig hohe Gewinne allein für das zweite Quartal 2022.

WTO-Einigung über Impfstoffe

Befangenheit der Regierungen

In den Entwicklungsländern sind Corona-Impfstoffe viel weniger verbreitet als in den Industrieländern. Setzt die kürzlich in der Welthandelsorganisation (WTO) erzielte Einigung der Impfstoff-Apartheid ein Ende? Keineswegs.

Ein Jahr Corona-Impfung soll fast 20 Millionen Menschen vor dem Tod bewahrt haben, davon 8 Millionen in den reichen Ländern ^[1]. Diese Zahl wäre noch höher, wenn alle Länder problemlos Zugang zu Impfstoffen hätten. Eine Studie der wissenschaftlichen Fachzeitschrift *Nature* zeigt, dass die Ansteckungswellen, die die reichen Länder treffen, umso früher und massiver auftreten, je weniger die armen Länder Zugang zu Impfstoffen haben ^[2]. Es ist somit im Interesse der reichen Länder, den armen Ländern bei der Beschaffung von Impfstoffen zu helfen. Warum tun sie dann genau das Gegenteil?

Aussetzung der Patente

Wie so oft ist es eine Frage des Geldes. Die Firmen, die die Impfstoffe gegen Covid-19 entwickelt haben (Pfizer, Moderna, Johnson & Johnson...), haben dank ihrer Patente ein Monopol auf die Herstellung. Um an Impfstoffe zu gelangen, gibt es daher keinen anderen Weg, als sie bei besagten Firmen zu kaufen. Das ist aus zwei Gründen ein riesiges Problem für arme Länder. Erstens, weil diese Impfstoffe sehr teuer sind. Zweitens, weil diese Firmen, die aus den USA und der EU stammen, in erster Linie ihre Heimatländer bedienen. Arme Länder werden weiterhin Schwierigkeiten haben, sich mit Covid-19-Impfstoffen zu versorgen, solange ihnen nicht erlaubt wird, diese vor Ort herzustellen. Dies setzt voraus, dass die Patente ausgesetzt werden, solange die Pandemie andauert. Die Patente für Impfstoffe, aber auch für alle Diagnostika (zur Erkennung der Krankheit) und Medikamente, mit denen das Virus bekämpft werden kann.

Allianz von Firmen und Staaten

Da eine Aufhebung der Patente die Gewinne der Pharmakonzerne schmälern würde, stellen letztere sich quer. Um ihren Zynismus zu verschleiern, behaupten sie, dass die Entwicklungsländer die Herstellung von Boten-RNA und somit Impfstoffen gegen Covid-19 nicht beherrschen. Dieses Argument wurde jedoch in einem kürzlich erschienenen Artikel in *Nature* ^[3] widerlegt. Aber auch die reichen Staaten (EU, USA, Großbritannien, Schweiz) blockieren. Ihr Ansatz ist subtiler: Er gestattet den armen Ländern die Aufhebung von Patenten, allerdings nur rein theoretisch. Das ist der Sinn der im Juni in der WTO erzielten Einigung. Sie basiert auf einem System, das seit der Gründung der WTO (1994) besteht: die Zwangslizenzen. Dieses System ermöglicht es Entwicklungsländern, bei gesundheitlichen Notfällen einen Impfstoff oder ein Medikament im eigenen Land herstellen zu lassen. Das Abkommen vom Juni führt eine Neuerung ein, indem es auch die Wiederausfuhr von Impfstoffen in andere Entwicklungsländer zulässt. Aber in der Praxis hat dieses System nie wirklich funktioniert. Es wurde während an-

derer Epidemien (AIDS...) erprobt und wird nur selten und mit vielen Hindernissen eingesetzt. Die Pharmaunternehmen und ihre Anwälte ziehen die Zulassungsverfahren in die Länge ^[4]. Genau aus diesem Grund fordern Indien und Südafrika, unterstützt von zahlreichen Ländern und Akteuren (NGOs, Gewerkschaften, Vatikan...), seit zwei Jahren die vollständige Aufhebung der Patente auf Impfstoffe, Diagnostika und Behandlungen gegen Covid-19.

Big Business und „Fake News“

Die Haltung der reichen Länder ist widersprüchlich. Arme Länder daran hindern, Impfstoffe lokal herzustellen, schadet den Bürgern der reichen Länder. Diese Haltung untergräbt auch das Vertrauen der Bürger in die gesundheitspolitischen Entscheidungen der Regierungen. Angesichts der toxischen Verbindungen zwischen den Regierungen und den Pharmakonzernen (Big Pharma) hört ein Teil der Bürger nicht mehr auf die Gesundheitsbehörden, wenn diese ihnen zu Impfungen raten. Um „Fake News“ (gefälschten Nachrichten) und Impfgegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen, reicht es nicht aus, wissenschaftliche Beweise für die Wirksamkeit von Impfstoffen aufzulisten. Politische Entscheidungen dürfen nicht länger von den privaten Interessen der Pharmaunternehmen bestimmt werden. Das WTO-Abkommen erfüllt diese Bedingung nicht.



^[1] Oliver J. Watson und coll., *The Lancet*, Juni 2022.

^[2] Yang Ye und coll., *Nature Human Behavior*, Februar 2022.

^[3] Achal Prabhala und Alain Alsalhani, "Developing countries can make the mRNA vaccines they need", *Nature Human Behavior*, Februar 2022.

^[4] Und das, obschon sie einen Teil des Verkaufspreises für das unter Zwangslizenz hergestellte Generikum erhalten.



HEIZEN ODER ESSEN

DAS IST KEINE FRAGE DER ENTSCHEIDUNG

CSC

Liège Verviers
Ostbelgien

am 9. November
STREIK